

Beschluss des 69. Parteitages der CSU am 19./20. November 2004

Integration fördern und fordern

- Die Integration der bei uns lebenden Ausländer ist eine notwendige Aufgabe unserer Gesellschaft. Die Vorfälle und Entwicklung in den Niederlanden machen deutlich, wie problematisch die Bildung integrationsfeindlicher Parallelgesellschaften in vielen unserer großen Städte und Ballungszentren ist. Auch in Deutschland ist vielerorts eine verstärkte Abschottung gerade muslimischer Zuwanderer zu beobachten. An Bund und Länder wird daher appelliert, allen Bestrebungen konsequent entgegenzutreten, Deutschland in eine multikulturelle Gesellschaft umzuwandeln.
- Ziel einer verantwortungsbewussten Zuwanderungspolitik muss die Integration in die deutsche Gesellschaft sein. Die rechtmäßig und dauerhaft in unserem Land lebenden Ausländer müssen unsere Rechts- und Werteordnung und unsere Leitkultur vollständig akzeptieren. Wichtigste Voraussetzung für eine solche Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Die Möglichkeiten des neuen Zuwanderungsrechts zur Sprachförderung sind daher zu begrüßen. Neuzuwanderer wie bereits hier lebende Ausländer sind aufgefordert, diese Angebote intensiv zu nutzen.
- Neben dem Fördern muss nachhaltige Zuwanderungspolitik aber auch stärker als bislang auf das Fordern von Integration setzen. Die Erfahrungen zeigen, dass gerade diejenigen Ausländer, die unsere Sozialsysteme am intensivsten belasten, auch am stärksten weiterer Integration bedürfen. Um hier eine bessere Integrationsbereitschaft zu schaffen, müssen Sozialleistungen an Integrationserfolgen orientiert und bei Bedarf konsequent gekürzt werden.
- Die Bayerische Staatsregierung und die Kommunen werden dazu aufgefordert, die Instrumentarien des neuen Zuwanderungsgesetzes im Sinne eines „Förderns und Forderns,“ konsequent zu nutzen. Die Verpflichtung zur Teilnahme an Sprachkursen muss tägliche Praxis in der Arbeit unserer Sozial- und Ausländerbehörden werden. Top-Gefährder müssen unverzüglich ausgewiesen und abgeschoben werden.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre verantwortungslose Visa – Praxis, die selbst Hasspredigern die Einreise nach Deutschland erleichtert, unverzüglich einzustellen. Visa an Gefährder dürfen von deutschen Vertretungen im Ausland nicht erteilt werden. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Folgen dieser vorsätzlichen Gefährdung der Sicherheit unseres Gemeinwesens durch Ausweisung der betreffenden Personen behoben werden.